

Antrag G.03: Antisemitismus, Repression und Zensur bekämpfen - Jerusalem Erklärung umsetzen, tragfähiges Fundament schaffen!

Antragsteller*in:

Susanne Dzeik (BV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), Martha Kleedörfer (BV Berlin Mitte), Jaime Martínez Porro (BV Berlin Steglitz-Zehlendorf) und weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Antisemitismus, Repression und Zensur bekämpfen - Jerusalem Erklärung umsetzen,
- 2 tragfähiges Fundament schaffen!
- 3 In ihrem Kampf gegen Antisemitismus stellt sich Die Linke hinter die Forderung von
- 4 hunderten Wissenschaftler*innen und Antisemitismusexpert*innen nach einer tragfähigen
- 5 Antisemitismusdefinition und schließt sich gemeinsam mit ihnen der Jerusalem Erklärung
- 6 an.
- 7 In dieser wird die Auffassung vertreten, dass Antisemitismus einige spezifische
- 8 Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem allgemeinen Kampf
- 9 gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und
- 10 geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist. Diese Definition verschließt sich
- 11 dem Missbrauch des Antisemitismusbegriffs von rechts. Sie ermöglicht die Bekämpfung und
- 12 das Monitoring von Antisemitismus und ist auch für Bildungszwecke notwendig.
- 13 Die Linke lehnt die Praxis ab, die "Arbeitsdefinition-Antisemitismus" der International
- 14 Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in Kommunen, Behörden und Bundestagsbeschlüssen als
- 15 verbindliche Definition vorzuschreiben, um Zugänge zu Räumen und Fördermitteln zu
- 16 kontrollieren. Damit verbundene Geheimdienstkontrollen, Personenüberprüfungen und
- 17 Bekenntniszwänge werden ebenfalls abgelehnt. Die Linke kritisiert den zunehmenden Gebrauch
- 18 der IHRA als juristisches Mittel, weil dies ein massives Einfallstor für autoritäres,
- 19 staatliches Handeln ist. Damit hat sich die Definition auch in diesem Sinne zu einem 20 repressiven
- Instrument entwickelt, um unliebsame Kritik und politischen Protest zu 21 verhindern.
- 22 Die Linke stellt sich auch gegen die im Bundestag verabschiedeten Resolutionen "Nie wieder
- 23 ist jetzt - Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken" und
- 24 "Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen". Diese Resolutionen
- 25 zeigen eindrücklich, dass sie nicht dem Schutz jüdischen Lebens dienen. Anders als die
- 26 Überschriften versprechen, eröffnen diese Resolutionen den Weg zu einem autoritären
- 27 staatlichen Vorgehen. Sie schaffen ein Klima der Angst und ebnen den Weg zu Zensur und
- 28 Repressionen gegenüber kritischen Äußerungen zur Unterstützung israelischer
- 29 Kriegsverbrechen mit deutschen Waffen und zur Politik der israelischen Regierung. Dieses 30
- 30 Vorgehen unterläuft den Kampf gegen Antisemitismus als komplexe, gesamtgesellschaftliche
- 31 Aufgabe. Nicht zuletzt, weil hier eine Definition als tragfähiges Fundament fehlt.

Begründung

Beim letzten regulären Bundesparteitag unserer Partei 2024 in Halle wurde der Antrag zur Antisemitismusdefinition der "Jerusalem Erklärung" und gegen Repression und Einschränkung der Kunst-, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit aufgrund des Antisemitismusvorwurfes in den Parteivorstand überwiesen. Seitdem wurde der Antrag nicht behandelt. Mehrere Mails der

Antragsteller*innen des letzten Antrages an den Parteivorstand wurden bis zur Einreichung des Antrages nicht beantwortet. Deshalb sehen wir uns gezwungen einen erneuten Antrag zu stellen, denn aufgrund der Unschärfe der Positionen unserer Partei wurden mit den im Bundestag verabschiedeten Resolutionen "Nie wieder ist jetzt - Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken" und "Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen" aufgrund eines falschen Verständnisses von Antisemitismus Fakten geschaffen, die dem Kampf gegen Antisemitismus extremen Schaden zufügen.

Die staatliche Bekämpfung des Antisemitismus nimmt immer bizarrere und repressivere Formen an, bis hin zur Verhinderung eines Auftritts der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese in Deutschland und einer offenen Missachtung internationalen Rechts durch den neuen Bundeskanzler Friedrich Merz, der den israelischen Ministerpräsidenten trotz Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) nach Deutschland einladen will.

Statt aus Angst vor vermeintlichen Antisemitismusvorwürfen in der Öffentlichkeit den Kopf einzuziehen, muss sich Die Linke endlich offensiv mit Antisemitismus und den neusten Forschungsergebnissen auseinandersetzen und sich dem Ruf von hunderten Wissenschaftler*innen anschließen, die einen eklatanten Missbrauch der Antisemitismusdefinition und deren Vereinnahmung durch rechte bis rechtsextreme Kräfte feststellen.

Die Schwächen der «Arbeitsdefinition» sind das Einfallstor für ihre politische Instrumentalisierung, etwa um gegnerische Positionen im Nahostkonflikt durch den Vorwurf des Antisemitismus moralisch zu diskreditieren.

Papers. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.

<https://www.rosalux.de/publikation/id/41168/gutachten-zur-arbeitsdefinitionantisemitismus-der-international-holocaust-remembrance-alliance/>.

Im Oktober 2019 verfasste Peter Ullrich, Dr. phil. Dr. rer. med., Technische Universität Berlin und Fellow am Zentrum für Antisemitismusforschung, im Auftrag von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und medico international e. V. ein Gutachten zur "Arbeitsdefinition-Antisemitismus" der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in dem er der Definition gravierende Mängel nachweist.

Viele Beispiele, welche die IHRA als Antisemitismus definiert, lassen einen breiten Interpretationsspielraum zu und sind nicht in jedem Fall antisemitisch, sondern aus den Konfliktodynamiken des Nahost-Konflikts verstehbar. Er kommt zu dem Schluss, dass 'der Versuch, Probleme allgemeiner begrifflicher Klärung und universeller praktischer Einsetzbarkeit mithilfe der «Arbeitsdefinition Antisemitismus» zu lösen, insgesamt als gescheitert angesehen werden muss'.

Ungehindert dessen entwickelt sich die Praxis in der Benutzung dieser Definition als behördliches und juristisches Regulierungsinstrument ungehindert weiter. Dies führt zu immer mehr Repressionen und Einschränkungen von Grundrechten und verunmöglicht einen offenen, gesellschaftlichen Diskurs über diese äußerst widersprüchliche und hochkomplexe Materie.

Selbst Kenneth S. Stern, federführender Verfasser der Arbeitsdefinition, wendet sich entschieden gegen ihren Einsatz als 'Waffe, um politische Äußerungen zu unterdrücken, zu zensieren oder zu unterbinden'.

<https://blogs.timesofisrael.com/we-disagree-about-the-working-definition-thats-ok-hereswhats-not/>

Oft sind auch Jüdinnen und Juden von Zensur, Ausladungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Strafbefehlen, Kündigungen, Ent-Finanzierungen und Demonstrations- und Sprechverboten betroffen, die mit der IHRA Definition begründet werden. Knapp 100 jüdische Intellektuelle reagierten in einem offenen Brief auf die geplante Antisemitismus-Resolution des Bundestags, der sie vorwerfen, dass sie "die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland eher schwächen als stärken" wird: "Zu unseren Bedenken gehört, dass der Entwurf die Behörden anweist, sich ausschließlich auf die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) für Antisemitismus zu beziehen, um diese Beurteilungen zu treffen. Die IHRA-Arbeitsdefinition ist dafür breit kritisiert worden, dass sie berechnete Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus gleichsetzt."

<https://taz.de/Dokumentation-Protestbrief/I6032239/>

Auch weisen zahlreiche deutsche Völkerrechtler*innen und andere Jurist*innen auf mehrere Probleme bei der Implementierung der IHRA ins deutsche Recht hin, beispielsweise, dass die

Definition nie als rechtsverbindlich gedacht war. Das kann teilweise weitreichende verfassungsrechtliche Verwerfungen erzeugen, die nicht überblickt werden können. Insbesondere "ist eine darauf gestützte Behördenpraxis ganz unvorhersehbar".

<https://verfassungsblog.de/die-implementation-der-ihra-arbeitsdefinition-antisemitismus-ins-deutsche-recht-eine-rechtliche-beurteilung/>

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang auch, wie die IHRA von der Bundesregierung für ihre eigene Politik modifiziert wurde. Sie übernahm die Kerndefinition zuzüglich einer erweiterten Fassung aus den Erläuterungen des Originals: "Er lautet: »Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.« Nicht mit übernommen wurde hingegen die im Original auf diesen Satz folgende Einschränkung: »Allerdings kann Kritik an

Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.«

(S. 72 ff., Ullrich, Peter. 2024 in "Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft, Zentrum für Antisemitismusforschung (HG))

Die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA) reagiert auf die Unzulänglichkeiten der „IHRA-Definition“. Die JDA wurde von einer Gruppe internationaler Wissenschaftler*innen mit Schwerpunkten in der Antisemitismusforschung und verwandten Bereichen entwickelt und im Gegensatz zur IHRA von hunderten weiteren Akademiker*innen seitdem unterschrieben: "Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben."

Der komplette Text zur "Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus" findet sich hier: <https://>

[jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok .pdf](https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok.pdf) weitere

Antragstellende

Delegierte:

BV Berlin Steglitz – Zehlendorf, BV Berlin Neukölln, LV Hessen, Die Linke.SDS, Stanislav Jurk (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Josephine Sahner (BV Berlin Neukölln), Hannah Vongries (BV Berlin Neukölln), Dennis Sabisch (Jugendverband), Sarah Niedrich (Die Linke.SDS), Andrei Yagoubov (KV München), Barbara Wutz (OV München West-Mitte), Inge Höger (AKL), Naisan Raji (SL), Paul Wittgen (KV Düren), Hannes Draeger (KV Düsseldorf), Felix Wiese (KV Wuppertal), Lukas Hof (Die Linke.SDS), Johannes Franck (Linksjugend ['Solid']), Mirko Boysen (KV Freiburg), Armin Duttine (BV TreptowKöpenick), Lukas Eitel (KV Erlangen), Nils Böhlke (KV Düsseldorf), Hanna Wanke (KV Erlangen), Karin Kant (BV Berlin Treptow-Köpenick), Sonja Kemnitz (BAG Senior*innenpolitik), Sabine Skubsch (LV Baden-Württemberg), Lukas Haack (KV Ortenau), Ari Arnold (KV Mainz/Mainz-Bingen), Carmen Fesl (KV München), Elida Danger (KV Kassel-Stadt), Rolf Zaspel (KV Vorpommern/Rügen)

weitere:

Özlem Demirel (MdEP), Jannis Willim (BV Berlin-Neukölln), Oliver Stich (KV Regensburg), Tara Ella Grimm (BV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Ariane Podlesny (BV Berlin-Pankow), Jason Osterhagen (KV Rhein-Sieg), Britta Häfemeier (BV Neukölln, Berlin), Johannes König (KV München), Nicole Gohlke (MdB, LV Bayern), Selina Pfister (KV Aschaffenburg-Miltenberg), Daniel Kipka-Anton (BV BerlinNeukölln), Patrick Lempges (BV Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), Palästinasolidarität (Die Linke Berlin), Vedi Emde (BV Berlin-Neukölln), Nina Pietropoli (Vorstandsmitglied Die Linke Neukölln), Carlos Quiñones (BV Berlin Mitte, BO Wedding), Kai Weluda (Mitglied im Vorstand, BV Neukölln), Samuel Bien (BV Berlin-Neukölln), Niklas Graßmann (BV Berlin-Mitte), Martin Haase-Thomas (BV Berlin Tempelhof-Schöneberg), Christopher Littlein (BV Berlin-Neukölln), Simon Ullrich (BV BerlinNeukölln), Edgar Ikkelzon (BV Berlin-Neukölln), Sebastian Max (BV Berlin-Neukölln), Fabian Schneider

(KV Regensburg), Johannes Götz (KV Regensburg), Tobias Meinert (KV Euskirchen), Konstantin Gorodetsky (KV Lausitz), Tim Niebling (BV Berlin-Neukölln), Niklas Bliemel (KV Regensburg), Julia Burschel-Stolz (KV Regensburg), Julius Krüger (BV Berlin-Neukölln), Kimberly Lerch (BV Berlin-Mitte), Ronja Gerstadt (BV Berlin-Mitte), Mona Waissi (KV Frankfurt am Main), Christian Wallerer (KV Darmstadt-Dieburg), Melina Sikalopoulou (KV Frankfurt am Main), Feride Omar (BV Steglitz-Zehlendorf, Berlin), Lara Scheunemann (KV Frankfurt am Main), Tjark Delfs (KV Leipzig), Linda Gerisch (KV Jena), Christian Schröppel (KV Kassel-Stadt), Maria Salteri (KV Würzburg), Tim Heye (BV Steglitz-Zehlendorf), Janna Schneider (BV Lichtenberg), Julius Gunnar (BV Berlin-Mitte, BO LEO), Sophia Hon (KV Köln), Aleksej Puzyrev (KV Köln), Martin Hollstein (KV Lüneburg), Yasin Bölme (BV FriedrichshainKreuzberg), Hanna Zimmermann (BV Friedrichshain-Kreuzberg Berlin), Eduard Van der Wal (BV Steglitz – Zehlendorf), Erik Legat (BV Berlin-Neukölln), Violetta Bock (MdB, KV Kassel- Stadt), Katrin Abromeit (BV Berlin Steglitz-Zehlendorf), Wolfgang Feikert (KV Karlsruhe), Concepcion Alvarez (BV Berlin Reinickendorf), Petra Willemelis (BV Treptow-Köpenick), Michael Schneider (BV Treptow-Köpenick), Uwe Frenzel (BV Treptow-Köpenick), Lutz Putzger (BV Treptow-Köpenick, Berlin), Wolfgang Ackermann (LV Brandenburg), Konstantinos Benning (BV Berlin-Pankow), Hartmut Grabow (BV MarzahnHellersdorf), Sonja Szyborra (BV Treptow-Köpenick, Berlin), Nadine Haske (BV Neukölln), Fiona Carol Sampson (KV Traunstein-BGL)